

DIESE GRÜNEN!

Ohne Kontrolle!

■ Schwebbahn – Quo Vadis?

Zu diesem Ergebnis kommt die GRÜNE Ratsfraktion, wenn sie die aktuellen Ereignisse bei den Wuppertaler Stadtwerken bewertet.

Ohne rechtsverbindliche schriftliche Zusage des Verkehrsministeriums wurden zur Fortführung des Ausbaus der Wuppertaler Schwebbahn Kredite in Höhe von 120 Mio. Euro aufgenommen. Diese grobe Nachlässigkeit des Vorstandes der WSW wurde vom Aufsichtsrat des WSW, der nur mit Vertretern von CDU und SPD besetzt ist, bis zuletzt unterstützt.

Erst jetzt, bei der Summe von 120 Mio. Euro, bekamen die Vertreter der beiden großen Fraktionen kalte Füße und stoppten den Schwebbahnausbau. Inzwischen müssen die WSW für die auf dem Kapitalmarkt aufgenommenen 120 Mio. Euro jährlich 6 Mio. Euro an

Zinsen zahlen, und das auch noch vor dem Hintergrund des eh unterfinanzierten öffentlichen Personennahverkehrs. Jetzt, wo die Karre in den Dreck gefahren wurde, wird flugs eine Strategiekommision „Entwicklung des ÖPNV“ ins Leben gerufen, mit dem klaren Ziel, die Angebote seitens der WSW zu überprüfen und Einsparungen, sprich: Kürzungen des Busangebotes im Linienverkehr zu erarbeiten. Dieses Vorgehen lehnt die GRÜNE Ratsfraktion entschieden ab. Zunächst einmal muss die WSW ihre Hausaufgaben hausintern machen. Für uns GRÜNE kommen zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt keine Überlegungen, die sich mit Linien- und Angebotskürzungen im ÖPNV beschäftigen, in Frage. Der Aufsichtsrat der WSW hat hinsichtlich seiner Kontrollfunktion total versagt, und das sollte der Bevölkerung und den Nutzern des ÖPNV für die Zukunft zu denken geben.

Anti-Korruptionspolitik in Wuppertal gescheitert?

■ Eine Zwischenbilanz des kommunalen Engagements: Wenig Licht am Ende des Tunnels

Nachdem die ersten Korruptionsskandale in Wuppertal vor Gericht verhandelt und hier diverse korrupte Fakten, Verfahren und pikante Details öffentlich wurden, legten Fraktion und Partei von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Mai 2002 ein umfangreiches Anti-Korruptionspaket vor.

Der Rat der Stadt Wuppertal folgte den GRÜNEN in vielen Punkten und beschloss im Kern drei wesentliche Änderungen: Die Änderung der Ehrenordnung, die Einführung des Ehrenkodex und die Gründung des Ehrenrates. Mehr als ein Jahr später liegen erste Erfahrungen in dem Umgang mit den beschlossenen Änderungen und auch mit der sogenannten "Schwarzen Liste" vor:

Die Ehrenordnung

Die Stadt Wuppertal verfügt seit dem 29.06.1999 über eine Ehrenordnung, in der persönliche Daten der Mitglieder des Rates, der Ausschüsse und Bezirksvertretungen veröffentlicht sind. Die KommunalpolitikerInnen verpflichten sich, keine 'Geld- oder Sachgeschenke' anzunehmen, nichtöffentliche Informationen geheim zu halten und nicht zu eigenwirtschaftlichen Zwecken zu missbrauchen, berufliche und nebenberufliche Tätigkeiten anzu-

zeigen, Interessenkollisionen mit ihrer Mandatsausübung zu vermeiden und weder sich noch Angehörige im Rahmen jeglicher Einflussnahme zu bevorzugen. Die veröffentlichten Angaben enthalten keine Hinweise, in welchen Gremien, Aufsichtsräten, Vereinigungen etc. und in welchen Funktionen die Stadtverordneten tätig sind. Mit diesem mangelnden Umfang der Angaben ist das Ziel verfehlt, öffentlich Auskunft darüber zu geben, wo und an welcher Stelle bei politischen Entscheidungen Interessenkollisionen vorliegen könnten.

Der Ehrenkodex

Im Mai 2002 stimmten die Mitglieder

des Rates der Einführung des Ehrenkodex zu und betonten damit vor allem ihre Bereitschaft für vorbildliches Verhalten. Die Aufforderung an die Stadtverordneten, den Ehrenkodex gegenzuzeichnen, erging erst im Herbst 2003, also ein Jahr nach dessen Einführung.

Der Ehrenrat

Mit dem Ehrenkodex wurde auch der Ehrenrat gegründet, der in gleicher Anzahl von Stadtverordneten und BürgerInnen unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagen soll und Empfehlungen bei Verstößen gegen die Ehrenordnung aussprechen kann. Der Ehrenrat selbst wurde bis heute noch

nicht einberufen, obwohl es mit dem zwischenzeitlichen Rücktritt zweier Vorsitzender des Ausschusses verbindliche Bauleitplanung wegen des Vorwurfes der Korruption Grund genug gab. Der Vorsitzende des Ehrenrates ließ sogar über die Presse mitteilen, dass der Vorgang rund um den Rücktritt eines der Betroffenen mit den Kriterien des Ehrenrates bzw. der Ehrenordnung auf den ersten Blick nichts zu tun hätte.

„Schwarze Liste“

Die sogenannte Schwarze Liste ist ein Index derjenigen Wirtschaftsunternehmen, die der Korruption bereits überführt sind und mit denen laut Beschluss des Rates aus 1999 keine weiteren vertraglichen Vereinbarungen abgeschlossen werden sollen.

Bis 2002 lagen keine Einträge in diesem Index vor. Nachdem in 2002 erste Eintragungen vorgenommen wurden, wurde festgestellt, dass der Vollzug dieser "Schwarzen Liste" auf juristische Grenzen stößt und bei öffentlichen Ausschreibungen auch indizierte Wirtschaftsunternehmen berücksichtigt werden müssen.

Ergebnis

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass einer kommunalen Anti-Korruptionspolitik enge juristische Grenzen gesetzt sind. Allerdings werden bei weitem nicht alle Werkzeuge genutzt, die der Rat der Stadt Wupper-

tal formuliert hat und die einer juristischen Überprüfung stand halten. Und vielfach mangelt es an einer konsequenten Umsetzung der beschlossenen Anti-Korruptionsmaßnahmen der Stadt Wuppertal durch die Beschließenden selbst.

Guten Tag!

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2003 nähert sich langsam seinem Ende, die Tage werden bald wieder länger. In dieser Ausgabe unserer Zeitung informieren wir Sie wie immer über die wichtigsten Themen in unserer Stadt. Ein wesentlicher Teil der Arbeit war es, die Regionale 2006 auf einen guten Weg zu bringen, das ist in gemeinsamer Anstrengung aller Fraktionen geschafft. Weniger gelungen ist die Anti-Korruptions-Arbeit, denn die GRÜNEN haben noch viele Vorschläge, um Korruption in der Stadt wirksam bekämpfen zu können. Wir bleiben an den Themen dran und wünschen Ihnen eine besinnliche Zeit, ein schönes Weihnachtsfest sowie einen schönen Jahresausklang und ein gutes Jahr 2004.

KURZ & klein

Für Sie vor Ort

Um Ihnen den Kontakt zu den GRÜNEN zu erleichtern, ergänzen wir die Zeitung und fügen diese neue Rubrik hinzu. Um Kontakt mit Stadtverordneten oder BezirksvertreterInnen aufzunehmen, wenden Sie sich bitte an die Fraktionsgeschäftsstelle im Rathaus Barmen (siehe Seite 2 der Zeitung im Impressum)

Die GRÜNE Ratsfraktion:

Lorenz Bahr zuständig für Stadtentwicklung und Umwelt
Paul Yves Ramette zuständig für Soziales und Gesundheit, Jugend, Verkehr und Schule
Peter Vorsteher, Fraktionssprecher zuständig für Finanzen, städtische Beteiligungen und Kultur

GRÜNE in den Bezirksvertretungen:

Elberfeld: **Gerta Siller** (stellvertretende Bezirksvorsteherin), **Klaus Lüdemann** (Fraktionssprecher in der BV)
 Elberfeld-West: **Petra Lücknerath**
 Vohwinkel: **Ursel Simon**
 Cronenberg: **Peter Vorsteher**
 Barmen: **Michael Hohagen**
 Oberbarmen: **Gabriele Rohloff**
 Heckinghausen: **Ulrike Sinz**
 Langerfeld/Beyenburg: **Jost Schneider**
 Ronsdorf: **Jürgen Harz**

Land fördert Sanierung Eskesberg

Finanzmittel für Altlastensanierung gesichert! Ende November wurde amtlich, dass die Stadt Wuppertal vom Umweltministerium NRW einen Zuschuss zur Sanierung der Deponie Eskesberg-West in Höhe von 2,56 Mio. Euro, also 80 Prozent der geschätzten Gesamtkosten von 3,2 Mio. Euro, bekommt.

Die Sanierung dieser ehemaligen städtischen Deponie ist aufgrund der akuten Gefährdung des Grundwassers dringend erforderlich.

Aufgrund der Krise des Landeshaushaltes stand jedoch das Förderprogramm zur Sanierung von Altlasten insgesamt zur Disposition.

Auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN forderte der Rat der Stadt Wuppertal das Land NRW auf, das Förderprogramm weiter zu führen. Inzwischen hat Umweltministerin Bärbel Höhn mitgeteilt, dass weiterhin Fördermittel in vergleichbarer Höhe wie bisher bereit gestellt werden.

Die GRÜNE Ratsfraktion freut sich, dass ihre Initiative von Erfolg gekrönt war, denn andernfalls hätte die Stadt die gesamten Sanierungskosten allein aufbringen müssen.

GRÜNE im Netz

Neues Jahr - neue Homepage! Ab Mitte Januar wird die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit neuer Internetseite im Netz präsent sein. Informationen über die Fraktion, die BezirksvertreterInnen, die sachkundigen BürgerInnen können ebenso angeklickt werden wie die neuesten Pressemitteilungen und Informationen rund um die Kommunalpolitik. Auch DIESE GRÜNEN können Sie online lesen. Also, einfach mal vorbeisurfen: www.gruene-wuppertal.de

Impressum

Herausgeberin:
 Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
 Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
 Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
 fraktion@gruene-wuppertal.de
 www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
 Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
 Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
 Bettina Brücher, Klaus Lüdemann, Paul Yves
 Ramette, Gerhard Schäfer, Peter Vorsteher

Gastkommentar:
 Michael Hohagen, Sprecher des Kreisverbandes
 von Bündnis90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
 Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
 Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,
 Tannenbergstr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 15 600

Die Abgabe ist kostenlos!

Ersatzschulen gerettet

■ Morgenstern, Troxler und Co:

Da sollten doch tatsächlich durch das Spardiktat des Landesfinanzministers den Ersatzschulen (also Privatschulen wie z.B. Waldorfschulen) im ganzen Land die Mittel um 3% gekürzt werden. Ersatzschulen unterliegen dem Ersatzschulfinanzgesetz, wonach ohnehin keine 100%ige Kostendeckung gewährt wird. D.h., die Eltern werden zur Finanzierung mit herangezogen und tragen, sozial gestaffelt, bis zu einigen hundert Euro zu Beschulung ihres Kindes bei. Die beabsichtigte Kürzung hätte den Eigenbeitrag der Eltern je nach dem um fast ein Drittel steigen lassen. Dies hielten wir für eine unzumutbare Belastung! Nicht ohne unser Zutun wurde die Rücknahme der geplanten Erhöhung im Landtag erreicht und Ersatzschulen wie z.B. die Troxlerschule oder die Christian-Morgenstern-Schule können ihre gute Arbeit in gewohnter

Weise fortsetzen. Die Landtagsfraktion begrüßt genauso wie die Wuppertaler GRÜNE Ratsfraktion die Entscheidung des Kabinetts, die im Haushaltsentwurf vorgesehene Erhöhung des Eigenanteils von Ersatzschulträgern zu modifizieren.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich nach eingehenden Gesprächen mit betroffenen Schulen für die von der Schulministerin vorgeschlagene Lösung stark gemacht.

Ersatzschulen leisten einen wichtigen Beitrag, ihre Existenz darf keinesfalls gefährdet werden. Besonders freut uns, dass es gelungen ist, die Ersatzschulen von der Erhöhung komplett auszuschließen. Dies ist notwendig, da aufgrund der kleineren Klassen an diesen Schulen die Träger und Eltern überproportional betroffen gewesen wären.

Enthauptung

■ CDU/FDP lässt „Starenkästen“ abmontieren

Haben Sie sie schon gesehen, die traurig dreinschauenden Stahlmasten an den Straßen Wuppertals? Jetzt ist es soweit: Ganz klammheimlich wurden die „Starenkästen“ an Wuppertals Straßen enthauptet. Die Kameras wurden abgebaut.

Das übrigens auf einen Beschluss der CDU/FDP im Rat. Diese Mehrheit hat sich somit gegen das Fachwissen der Unfallkommission gestellt, die seinerzeit unter Beteiligung der Polizei die Standorte der Starenkästen nach Unfallschwerpunkten festgelegt hatte. Ach nein, wir wollen nicht ungerecht sein: Die Anlagen vor Kindergärten und Schulen haben sie stehen gelassen. Also: Liebe Kinder, den Umkreis der Schule nicht zu Fuß verlassen! Der Grund für diese Maßnahme: Nach Auffassung der genannten Fraktionen sei es durch die Starenkästen "immer wieder zu unkontrollierten Bremsmanövern mit Auffahrunfällen gekommen". Haben Sie sie gesehen, die vielen Auffahrunfälle? Übrigens ein inter-

essantes Rechtsverständnis: Wenn sich manche Autofahrer nicht an die Grundregeln des Straßenverkehrs halten, wird einfach weniger kontrolliert. Dass dabei die Sicherheit und Lebensqualität aller anderen VerkehrsteilnehmerInnen beschnitten wird, kümmert offenbar nicht. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wartet zu diesem Thema auf den nächsten Impuls aus der CDU/FDP. Die meisten WuppertalerInnen wissen mittlerweile von einem roten Opel Astra und einem silbernen VW Golf, mit denen die Stadt versucht, Raser aufzuspüren.

Leider führt das Auftauchen eines solchen Kfz-Modells nach unbestätigten Untersuchungen der CDU ebenso zu panikartigen Bremsmanövern im Straßenverkehr. Ein großer Teil der noch übrigen Auffahrunfälle soll sich neben den genannten Fahrzeugmodellen ereignen. Nach inoffiziellen Informationen aus der CDU/FDP im Verkehrsausschuss soll nun das Abstellen der genannten Automodelle im Abstand bis zu 5 Meter von der Bordsteinkante verboten und mit drei Punkten in Flensburg belegt werden. Ein weiterer Schritt zu mehr „Freier Fahrt“ in Wuppertal?

Neue Schule

■ Siegelberg: Neuer Standort soll der alte sein

Schlimm, dass eine komplette Schule wegen Verseuchung abgerissen wird und die Kinder auf einem Schützenplatz in Containern unterrichtet werden müssen. Nun droht eine Hängepartie, da ein Fabrikant seine nicht mehr benötigte Fabrikhalle als lukrative Lösung statt eines Schulneubaus angeboten hat. So lobenswert dieses auch zu bewerten ist, aber hätte das nicht schon früher und schneller sein können? So haben sich durch die Prüfung Verzögerungen in der Entscheidung für einen Neubau an alter Stelle ergeben, die am Ende vielleicht noch einen pünktlichen Umzug in das neue Gebäude gefährden. Ohnehin müssen die Kinder mit den Containern noch einmal umziehen, bevor sie wieder in ein festes Schulgebäude einziehen können. Der Schützenverein witterte eine größere finanzielle Einnahme und schlägt

nun der Stadt zu sehr hohem Preis einen Pachtvertrag für ihren Schützenplatz für die Übergangszeit vor. Bündnis 90/DIE GRÜNEN waren vor Ort und sagen: umgehender Neubau an alter Stelle! Das Fabrikhallenangebot hat viele Schwächen: Der ohnehin nicht sehr einladende Standort in unmittelbarer Nähe der Wupper gehört zum Regierungsbezirk Arnsberg und die LehrerInnen müssten ihren Dienstherren wechseln. Der Schulweg ist für die meisten Kinder viel länger, weil die Schule dann am Rande des Schuleinzugsgebietes ist. Es müsste ein gesicherter Schulweg zwischen verkehrsreicher Straße und Industriegebiet gebaut werden, den viele Kinder dann noch mehrmals am Tage gehen müssten, weil es am Ort der neuen Schule keine Turnhalle gibt. Nicht zuletzt spricht der Elternwille klar dagegen.

Regionale auf der Zielgeraden

■ Wichtige Impulse für den Wuppertaler Strukturwandel sind auf den Weg gebracht

Die Regionale 2006 soll für die drei bergischen Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid ein Strukturimpuls und eine Leistungsschau sein. Sie ist für Wuppertal ein Anschlag für Ideen, Kreativität und Impulse, trotz widriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

2006 werden die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit in einer Region präsentiert, deren Identität und Selbstverständnis sich seit mehr als 150 Jahren aus einer lebendigen Industriekultur entwickelt hat. Insofern ist die Regionale 2006 Startschuss für eine neue Identität der bergischen Region, die auf der alten gründet und diese lebendig weiterentwickelt.

Diese Weiterentwicklung basiert auf drei Überlegungen:

1. Wir nutzen die Regionale, um mit Hilfe des Landes Schwerpunkte in der Innenstadtentwicklung zu setzen. Wir wollen Wuppertal entlang der Wupper in Bewegung bringen.

2. Wir arbeiten mit Solingen und Remscheid an Gemeinschaftsprojekten. Die Potenziale lebendiger Industrie- und Unternehmenskultur wirken noch heute in der Region und sind nicht auf Wuppertal beschränkt. Wir wollen

mit der Regionale 2006 die Region in Bewegung bringen.

3. Alles läuft an der Müngstener Brücke an einem Punkt zusammen: Solingen, Remscheid und Wuppertal. Diesen gemeinsamen Identifikationspunkt wollen wir mit seiner faszinierenden Kulturlandschaft nutzen.

Für Wuppertal sind die mit der Regionale 2006 gemeinten Projekte vor allem Innenstadtprojekte:

- Der Döppersberg, mit einem neuen, lebendigen Stadtplatz.
- Die Kulturachse Barmen, mit einem wieder belebten Umfeld zwischen Bahnhof und Opernhaus.

- Der Mediapark, mit dem sich Wuppertal als mustergültiger Standort für Unternehmen der Medienbranche empfehlen möchte.

- Wohnen und Arbeiten und soziale Stadt, durch die gerade Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf wieder an Attraktivität gewinnen sollen.

- Zoo- und Stadionbereich, inkl. der Sambatrasse als Freizeitstandort zwischen Information und Denkmalschutz. Und – last, not least – vielleicht sogar das Herzstück, mindestens aber das für Wuppertal am meisten verbindende und verbindlichste Projekt:

- Das Freiraumprogramm Talachse,

denn was ist für Wuppertal verbindender und sinnbildlicher als die Wupper...

Vor diesem Hintergrund stimmten Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Regionale 2006. Allerdings – und dessen sind wir uns bewusst – muss bei den einzelnen Projekten intensiv und unter Beteiligung der BürgerInnen nachgearbeitet werden:

- Der Döppersberg besteht nicht allein aus Verkehrsführung, auch wenn FahrradfahrerInnen noch nicht einmal berücksichtigt sind. Die Planung eines lebendigen, terrassierten Stadtplatzes ist mindestens ebenso wichtig.

- Ein wirklich schlüssiges und verständliches Konzept für die Kulturachse in Barmen fehlt bis heute, so dass das Landesverkehrsministerium die Umgestaltung Barmens zu Recht verhalten begleitet.

Und dennoch sprechen wir uns in der jetzigen Planungsphase, in der die Finanzierung fast im Ziel, die Entwurfsplanung auf der Zielgeraden und die Ausführung am Start ist, ohne Wenn und Aber für die Regionale 2006 aus:

Ohne sie wird uns der Strukturwandel und der Aufbruch in Wuppertal und in der Region nicht gelingen. Wir wollen die bereitstehenden Mittel in die Zukunft investieren und nicht den Strukturwandel und die Regionale der Haushaltskonsolidierung opfern.

Streitthema Mobilfunkanlagen in Wuppertal

■ Öffentlichkeitskampagne der Betreiber: Viele unzureichende Informationen

Seit über 10 Jahren werden die Mobilfunknetze in Deutschland auf- und ausgebaut. Ebenso lange weisen Kritiker auf die Gesundheitsgefahren der gepulsten elektromagnetischen Felder hin.

Nachdem in diesem Jahr durch eine Änderung der Landesbauordnung die Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen und der Kommunen drastisch verrin-

gert wurden, versuchen die Betreiber in einer Öffentlichkeitskampagne Mobilfunk als völlig ungefährlich darzustellen. Bei einer Informationsveranstaltung, der Betreiber von Mobilfunkanlagen, in der Stadthalle Wuppertal am 19.11. ging der Schuss nach hinten los: Die Bürgerinitiativen trugen Berichte über konkrete gesundheitliche Effekte vor. Trotz Messwerten, die weit unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen, klagen AnwohnerInnen von Mobilfunkanlagen über Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Änderungen des

Blutbildes usw.. Peinlich für die Betreiber: Auf dem Podium saß kein Mediziner. Dafür versuchte man die Effekte als Einbildung abzutun. Weltweit existieren Tausende von Berichten über auftretende Gesundheitsstörungen, Krankheitsverläufe bis hin zu Krebs, auch Fehl- beziehungsweise Totgeburten und Todesfälle durch die Dauereinwirkung durch Mobilfunk-Basisstationen, DECT-Schnurlos-Telefone sowie der Wirkungen der Handys, und zwar bei Feldstärken weit unterhalb der Grenzwerte. Dazu kommt,

dass die Festlegung der gesetzlichen Grenzwerte auf lückenhafter Basis beruht (lediglich Berücksichtigung der thermischen Wirkungen und nicht der dynamischen Wirkungen der gepulsten Hochfrequenz-Strahlung auf den lebenden Organismus). Die Wuppertaler Bündnisgrünen haben die Arbeit der Bürgerinitiativen in den vergangenen Jahren unterstützt und werden dies weiter tun. Am 21. Januar wird endlich eine seit einem Jahr beschlossene Informations- und Diskussionsveranstaltung in Cronenberg

stattfinden. Danach hoffentlich auch eine längst beschlossene in Elberfeld. Die GRÜNEN wollen mit den Betreibern ins Gespräch kommen – so wie es am runden Tisch in 2002 bereits passiert ist. Diese Auffassung wurde seitens der GRÜNEN auch bei der Veranstaltung in der Stadthalle vertreten. Das Ziel: die schlimmsten Auswüchse wie die Anlage auf der Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule, an der Konrad-Adenauer-Strasse oder auf dem Eckhaus Kieselstrasse/Gerstenstrasse in Zukunft zu verhindern.

Fuhlrott Museum

■ Existenz auf kleinstem Niveau gesichert

Das Wichtigste zuerst: Ohne den ehrenamtlichen Einsatz des Naturwissenschaftlichen Vereins gäbe es kein Fuhlrott-Museum mehr.

Das ist das Ergebnis der intensiven Verhandlungen der Kulturverwaltung mit dem Naturwissenschaftlichen Verein. Da der Fortbestand des Museums insgesamt auf dem Spiel stand, stimmten alle Ratsfraktionen dafür, das Personal im Museum abzubauen und durch ehrenamtliches Engagement des Naturwissenschaftlichen Vereins zu kompensieren.

Die GRÜNE Fraktion stimmte dem Vertragsabschluss im Rat nur deshalb zu, weil es keine Alternative gab.

Diese Vereinbarung ist allerdings noch nicht von der Mitgliederversammlung des Naturwissenschaftlichen Vereins bestätigt worden.

Der ersten Freude, dass das Fuhlrott-Museum nicht geschlossen wird, folgen jedoch Bedenken, ob zum Beispiel unter den neuen Bedingungen der Betrieb als Naturkundemuseum für das Rheinland langfristig aufrechterhalten werden kann.

Viele Fragen bleiben offen: Wird das Museum mit diesen knappen hauptamtlichen Stellen den hohen Anforderungen gerecht werden?

Kann das Museum ohne eigenen Museumsdirektor ein neues, eigenes Pro-

fil entwickeln?

Reicht es aus (wie es sich die Finanzverwaltung vorstellt), dass der Leiter des Historischen Zentrums gleichzeitig auch das Fuhlrott-Museum leitet?

Reicht der ehrenamtliche Einsatz bei der Vorbereitung einer neuen Ausstellung aus?

Wäre der Naturwissenschaftliche Verein nicht besser beraten, sich den hauptamtlichen Einsatz des Museumstechnikers vertraglich zu sichern?

Die GRÜNE Ratsfraktion hat dem Erhalt des Fuhlrott-Museums auf niedrigem Niveau trotz aller Bedenken im Rat zugestimmt, weil die Alternative die Schließung des Museums gewesen wäre.

Es gibt viele Beispiele, die erfolgreiches ehrenamtliches Engagement in Wuppertal belegen, wie beispielsweise die folgenden:

- das Freibad Eckbusch
- das Vohwinkel Freibad
- das Freibad Neuenhof
- und das Jugendhaus Händlerstraße in Cronenberg.

Perspektivisch muss jedoch politisch geklärt werden, ob noch mehr öffentliche Einrichtungen durch ehrenamtlichen Einsatz statt städtischer Mittel aufrecht erhalten werden sollen.

Den Engagierten im Fuhlrott-Museum wünscht die GRÜNE Fraktion viel Kraft, Mut und Erfolg und wird das Team weiter unterstützen, wo es nur möglich ist.

GRÜNER Ortstermin: Diskussion mit Fachleuten in der Lagerhalle des Fuhlrott-Museums

Gastkommentar: Der Landeshaushalt NRW

■ Bemerkungen zu politisch verantwortbarem Sparen vom Sprecher des Kreisverbandes der GRÜNEN

Liebe Wuppertalerinnen und Wuppertaler, hohe Wellen schlägt in diesen Tagen die mehr oder weniger öffentliche Diskussion über den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalens für die Jahre 2004 und 2005.

Die Aufregung ist angebracht, geht es doch einerseits um die Sanierung einer in bedrohliche Schieflage geratenen Landeskasse, andererseits um den Erhalt unverzichtbarer Angebote in den verschiedenen Bereichen der sozialen Infrastruktur unseres Landes. Verschuldung und Zinsbelastung zwingen zu Einschnitten, die es in dieser Form in NRW noch nicht gegeben hat.

Dem nunmehr von der Landesregierung ins parlamentarische Verfahren eingebrachten Haushaltsplanentwurf liegt die Annahme zugrunde, dass die notwendige Sanierung ohne teils massive Einschnitte in erfolgreich arbeitende Hilfesysteme beispielsweise in Jugend-, Sozial-, Frauen- und Gesundheitsarbeit nicht gelingen kann. Über diese Prämisse lässt sich trefflich streiten, nicht jedoch über die Notwendigkeit, öffentlich finanzierte Aufgaben in allen Bereichen auf ihre Effizienz zu überprüfen. Kürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ werden dieser Anforderung nicht gerecht. Insofern ist die

u.a. von Seiten vieler Träger von Jugend-, Sozial-, Frauen- und Gesundheitsarbeit mit Vehemenz vorgebrachte Kritik berechtigt. Massive Einschnitte in die soziale Infrastruktur ohne Berücksichtigung der hohen Folgekosten, etwa des Wegfalles wichtiger Angebote der offenen Jugendhilfe oder vieler Beratungsangebote, wären finanzpolitisch gegenangezeigt und sozialpolitisch nicht zu verantworten.

Wir haben zwar Anlass zu der Hoffnung, dass die derzeit im Landtag und andernorts geführten Diskussionen zu merklichen Verbesserungen des Anfang 2004 zu verabschiedenden Haushaltes führen werden. Auch dieser veränderte Haushalt wird jedoch schmerzhaft Einschnitte beinhalten. Wie auch immer er im Detail aussehen wird - Freude wird er nirgends auslösen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN verfolgen das Ziel, auf der Basis eines verfassungsgemäßen Landeshaushaltes die soziale Infrastruktur unseres Landes zu erhalten. Kürzungen - wenn sie denn schon nicht zu vermeiden sind - haben in Form und Ausmaß so auszufallen, dass sie für die betroffenen Hilfesysteme verkraftbar sind und nicht deren Wegfall zur Folge haben.

Staatliche Haushaltssanierung darf sich darüber hinaus nicht darin erschöpfen, nach Möglichkeiten der Zuschusskürzung zu fahnden. Maßnah-

men zur Verbesserung der (Steuer-)einnahmen sind ebenso unverzichtbar wie der Abbau nicht oder nicht mehr zu rechtfertigender Subventionen.

Jeweils beispielhaft seien hier die von Bündnis 90/DIE GRÜNEN geforderte Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die notwendige und möglichst zeitnah umzusetzende Abschaffung der Subventionierung des Steinkohle-

abbaues in NRW genannt. Die Notlage der öffentlichen Haushalte zwingt alle Beteiligten und Betroffenen nicht nur zum Abschiednehmen von teils liebgeordneten Verfahren, sondern auch zur Bereitschaft, neue Wege in der Zusammenarbeit auch über weltanschauliche und politische Grenzen hinweg zu beschreiten, wo immer es die Sache erfordert. Da von notwendiger staatlicher

Daseinsvorsorge letztlich kaum jemand nicht betroffen ist, sollten sich hier alle angesprochen fühlen: Träger und Einrichtungen, PolitikerInnen, Verbände und Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger. Im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal wünsche ich allen LeserInnen (trotz allem) eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und ein gutes Jahr 2004! Ihr Michael Hohagen

Ratschronik vom 28.07.2003

Würdigung: Zehn Jahre Städtepartnerschaft mit Legnica

In einem Festakt beging der Rat der Stadt Wuppertal das zehnjährige Bestehen der Partnerschaft mit der polnischen Stadt Legnica mit einer offiziellen Delegation unter Leitung des Stadtpräsidenten Tadeusz Krzakowski. Die Städtefreundschaft wurde mit der Unterzeichnung einer gegenseitigen Erklärung und dem Eintrag der Gäste in das Goldene Buch der Stadt bekräftigt.

Regionaleprojekte im Grundsatz beschlossen

Alle Fraktionen im Rat der Stadt beschlossen die städtische Mittelvergabe für die einzelnen Regionaleprojekte. Die Rahmenplanung steht mit diesem Beschluss, die Anträge an die Landesministerien zur Kofinanzierung konnten konkret auf den Weg gebracht werden. Der städtische Eigenanteil beträgt 56 Millionen Euro. Vom Land werden dazu weitere 200 Millionen Euro erwartet. Damit wurde konkret "Grünes Licht" gegeben für den Rahmenplan Döppersberg, das Freiraumprogramm Talachse, den Freizeitschwerpunkt Zoo-Stadion, die Entwicklung des Media-Parks, die Kulturachse Barmen und das Projekt Arbeiten und Wohnen in der Stadt.

Abbau von Starenkästen

In einer Anfrage erkundigten sich die GRÜNEN nach dem von der CDU im Verkehrsausschuss beschlossenen Abbau der Starenkästen. Die GRÜNEN befürchten, dass durch diesen unsinnigen Beschluss der konservativen Mehrheit nicht nur die Sicherheit für VerkehrsteilnehmerInnen an unfallträchtigen Straßen gefährdet wird, sondern auch Kosten für den Abbau der Kamerakästen entstehen. Die sie tragenden Pylone bleiben dem Stadtbild aus Kostengründen erhalten. Der komplette Abbau würde die leere Stadtkasse mit weiteren 30.000 Euro belasten.

Finanzierung der Lernmittel

Gegen die Stimmen der GRÜNEN erhöhten die anderen Fraktionen den Elternanteil für die Beschaffung von Schulbüchern von bisher 33 Prozent auf 49 Prozent. Die GRÜNEN verwahrten sich gegen diese Entlastung des städtischen Haushalt in Höhe von ca. 170.000 Euro auf Kosten der Eltern. Ein wichtiger Aspekt der Ablehnung war für die GRÜNEN, das "Armutsrisko Kinder" nicht weiter zu erhöhen.

Gesamtkonzept für Gewerbeflächen gefordert

In einer Anfrage mit mehr als 30 Einzelpunkten fordern die GRÜNEN u.a., in-

nerstädtische Brachen bevorzugt für Gewerbe zu nutzen, um Grünflächen am Stadtrand zu schonen. Bereits vor Monaten hat die Wuppertaler Verwaltung ein Gesamtkonzept für die drei geplanten Gewerbeparks „Kleine Höhe“, Generaloberst-Hoepner-Kaserne und Rangierbahnhof Vohwinkel zwar angekündigt, aber bislang nicht vorgelegt.

Es ist auch einiges noch unklar, z.B.: der Denkmalschutz möchte die Kaserne erhalten, in Vohwinkel hat der BUND Anzeige erstattet und die „Kleine Höhe“ an der Stadtgrenze zu Neviges kostet 14 Millionen Euro für Grundstückskauf und Erschließung. Nach Ansicht der GRÜNEN Fraktion eine Ausgabe, die vom Regierungspräsidenten genehmigt werden muss. Die GRÜNEN setzen stattdessen auf die Vermarktung innerstädtischer Gebiete.

Eine Antwort erhielten die GRÜNEN trotz dreiwöchigem Vorlauf der Anfrage nicht, die Verwaltung hatte noch keine Zeit gefunden, die Antworten zusammenzustellen. Damit wurde das Thema ein weiteres Mal vertagt.

Stadt der Sheriffs

Auch wenn die GRÜNEN seit langem davor warnen, den Vorwahlkampf auf Kosten von Minderheiten zu betreiben, beschloss der Rat mehrheitlich ein ord-

nungspolitisches Konzept, um dem Müll auf den Straßen und Wiesen Herr zu werden. Die GRÜNEN waren und sind der Auffassung, dass es genug bundes- und kommunalrechtliche Grundlagen für die Ahndung von Verstößen gegen die Straßensatzung gibt, sie müssen nur konsequent angewendet werden.

Seit Jahren arbeiten Kommunalen Ordnungspartnerschaften erfolgreich zusammen, aus Sicht der GRÜNEN hätte auch an dieser Stelle das Problem von allen Beteiligten angegangen und gelöst werden sollen. Untragbar in der öffentlichen Debatte ist vor allem, dass Menschen in unserer Stadt in einem Atemzug mit Müll und Abfall genannt werden, den es zu „entsorgen“ gilt. Die GRÜNEN wehren sich entschieden gegen diese menschenverachtende Kategorisierung von Obdachlosen. Erst einmal sollten wir alles in unserer Macht stehende tun, um allen WuppertalerInnen und Wuppertalern die Chance auf ein Leben jenseits der Armutsgrenze zu ermöglichen.

Nun beschloss der Rat gegen die Stimmen der GRÜNEN Verschärfungen, die z.B. höhere Strafen für weggeworfene Zigarettenkippen, Hundehaufen, Tauben füttern oder das Mitführen von mehr als 3 Flaschen Bier vorsehen. Der Kommunale Ordnungsdienst wird zu-

künftig auch gemeinsam mit polizeilichen Sicherheitskräften als Verstärkung auf Streife gehen. Besonders gespannt sind die GRÜNEN auf das Eintreten der 50 Euro Strafe, die auf öffentlichen Alkoholgenuss (ab 3 Dosen Bier ca.) bei Stadtfesten und anderen Cityereignissen stehen...

Bürgerbegehren abgelehnt

Der Rat der Stadt lehnte das Bürgerbegehren gegen die Schulschließungen mit den Stimmen der GRÜNEN ab, da es nicht die formalen Standards erfüllte: Wenn ein Vorschlag der Politik, wie hier die Schließung von 6 Grundschulen aufgrund zurückgehender SchülerInnenzahlen in den nächsten Jahren abgelehnt werden soll, muss zwingend ein alternativer rechtsgültiger Vorschlag zur Finanzierung vorgelegt werden. Dies ist nicht erfolgt.

Resolution

Förderprogramm Altlasten

Einstimmig verabschiedete der Rat einen Antrag der GRÜNEN, der an die Landesregierung appelliert, das Landesförderprogramm Altlasten nicht auf Schlüsselzuweisungen umzustellen, da Wuppertal im Vergleich zu anderen Kommunen mehr Altlasten aufweist und dadurch weniger Landesmittel erhalten würde.

Ratschronik vom 13.10.2003

Reformen statt Kahlschlag

GRÜNE, SPD und CDU verabschiedeten eine gemeinsame Resolution, die schon wortgleich als "Berliner Appell" des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an Bundes- und Landesregierung gerichtet wurde. Gefordert wird eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzlage, eine ab 2004 gestärkte und verstetigte Gewerbesteuer und wirksame Entlastungen bei den Ausgaben und eine Entlastung von den

Sozialausgaben in Milliardenhöhe, wie von der Bundesregierung versprochen.

Anfrage zu nachhaltig verringertem Flächenverbrauch

3 ½ Monate nach Einbringung der Anfrage der GRÜNEN wurde die Antwort der Verwaltung vorgelegt. Die GRÜNEN erkundigten sich konkret nach näheren Angaben zur Größe von geplanten und vorhandenen Gewerbeflächen, näheren Informationen zu geplanten Neuansiedlungen, zur Kleinen

Höhe und zum Entwicklungsstand des ehemaligen Rangierbahnhof Vohwinkel.

Antrag zur Tuchbestattung

Ein Antrag der GRÜNEN, in die Friedhofs- und Bestattungssatzung einen Passus zur Ermöglichung der Tuchbestattung für Personen nichtchristlichen Glaubens aufzunehmen, wurde zur Vorberatung an den Umweltausschuss überwiesen.

Antrag zu nachhaltig verringertem Flächenverbrauch

Der Antrag der GRÜNEN auf regelmäßige Berichterstattung über den Gewerbeflächenmarkt sowie auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Entwicklung und Planung von Gewerbeflächen auf der Grundlage eines flächenschonenden und nachfrageorientierten Flächenmanagements wurde zur weiteren Vorberatung in den Fachausschuss überwiesen, obwohl der Antrag ebenso wie die Anfrage bereits vor 3 ½ Monaten von den GRÜNEN eingebracht wurde. Die Fraktion wird das Thema auf jeden Fall hartnäckig weiterverfolgen.

Regionalexpress-Halte in Vohwinkel

Auf Anregung der GRÜNEN wurde eine von allen Fraktionen in den Rat eingebrachte Resolution einstimmig beschlossen.

Der Rat lehnt damit kategorisch Einschränkungen der Halte der Regionalexpress-Linien 7 und 13 in Vohwinkel ab und fordert die Deutsche Bahn ultimativ auf, die entsprechenden Halte einzurichten.

Antrag, die Starenkästen nicht abzubauen

Aus Gründen der Verkehrssicherheit wollten die GRÜNEN die stationären Anlagen zur Geschwindigkeitsüberwachung an ihren jeweiligen Standorten belassen, da die von CDU und FDP im Verkehrsausschuss beschlossene Demontage zu einer geringeren Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen führen wird.

In Remscheid wurden nach Abbau von Starenkästen mehr Unfälle festgestellt

mit dem Ergebnis, dass die Starenkästen wieder installiert wurden. Die GRÜNEN wollten der Stadt Wuppertal diesen Fehler ersparen, die Mehrheit von CDU und FDP lehnte den GRÜNEN Antrag jedoch ab.

GRÜNER Antrag BürgerInnenhaushalt

Die GRÜNEN stellten den Antrag, ab dem Haushaltsjahr 2005 einen Kommunalen BürgerInnenhaushalt auch in Wuppertal aufzustellen.

Das beinhaltet die Vorstellung und Diskussion des Haushaltsentwurfes, um die WuppertalerInnen in die Haushaltsberatungen einzubeziehen.

Der Antrag wurde von der Tagesordnung des Rates abgesetzt, da in verschiedenen Städten Modellprojekte durchgeführt werden, deren Ergebnisse Anfang nächsten Jahres von der Verwaltung vorgelegt werden. Erst dann und auf dieser Grundlage soll

eine Entscheidung für Wuppertal getroffen werden. Weitere Informationen können unter www.buergerhaushalt.de abgerufen werden.

Erhalt des Fuhlrott-Museums

Ein Antrag der GRÜNEN zum Erhalt des Fuhlrott-Museums als Naturkundemuseum für das Rheinland inklusive Wiederbesetzung der Stelle der Museumsleitung und Erhalt der bisherigen Stellen wurde von der GRÜNEN Fraktion zurückgezogen, da zwischenzeitlich eine Einigung mit dem Vorstand des Naturwissenschaftlichen Vereins getroffen wurde, fehlende Kapazitäten durch dessen ehrenamtliches Engagement aufzufangen.

Die GRÜNEN stimmten der Verwaltungsvorlage zu, da der Naturwissenschaftliche Verein sein Einverständnis signalisiert hatte.

Näheres hierzu im Artikel zu dem Thema in dieser Ausgabe.

Ratschronik

■ Sonder-Ratssitzung 10.11.2003

Schwerpunkt: Wuppertaler Agenda

Alle Fraktionen, Gruppierungen und Einzelmandatierte äußerten sich in ihren Reden überwiegend positiv über den neuesten Stand der Wuppertaler Agenda und ihre weitere Steuerung. In einem Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage "Strategische Steuerung" thematisierte die GRÜNE Fraktion jedoch einige kritische Punkte wie z.B. das Einfamilienhausprogramm, die Wohnungs- und Gewerbeleerstände, das Flächenmanagement, die Ausweisung der Kleinen Höhe als Gewerbefläche, das ungleiche Verhältnis zwischen motorisierten und nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen und die mangelnde Kinderfreundlichkeit in unserer Stadt. Die GRÜNE Fraktion ist gespannt, wie sich die anderen Fraktionen zu den Vorschlägen in den Fachgremien verhalten werden.

Döppersberg auf gutem Weg

Der Rat beschloss mit den Stimmen aller Fraktionen, die notwendigen Finanzmittel der Stadt (1,5 Mio. Euro) für die Planung des Projektes Döppersberg freizugeben. Nur so ist zu gewährleisten, dass die für das Projekt notwendigen Anträge rechtzeitig gestellt werden können. Zwischenzeitlich wurde die Absichtserklärung der NRW-Ministerien für Städtebau und Verkehr gegeben, die Ko-Finanzierung von Landesebene bereit zu stellen. Die konkreten nächsten Schritte sind nun: die Vergabe der Entwurfsplanung zum Busbahnhof, die Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs sowie die Projektsteuerungsleistungen zur rechtzeitigen Antragsstellung für Fördermittel und die Vorbereitung der Ausschreibung der Maßnahmen am Südstraßenring.